

Suchen und finden

Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof hat zu entscheiden, ob Deutschlands größtes Uranvorkommen nahe dem Schwarzwald-Kurort Menzenschwand weiter abgebaut werden darf.

Tier- und Pflanzenfreunde schätzen, besonders zur Sommerzeit, den Weg ins romantische Krunkelbachtal bei Menzenschwand im Südschwarzwald. Der Blick schweift, wie die Stuttgarter Naturzeitschrift „Kosmos“ preist, über ein „einzigartiges Naturschutzgebiet rund um den höchsten Schwarzwaldgipfel“, den Feldberg.

Das Dorf Menzenschwand, 650 Einwohner, ist seit Jahrzehnten ein beliebter Luftkurort. Ortsfremde Urlauber freilich wandern sich, wenn schon am frühen Morgen aus dem stillen Tal immer wieder Lastwagen zur Bahnstation Seebrugg am nahen Schluchsee donnern. Die mit Gestein beladenen Laster kommen von einem Bergwerk, das mitten im Wald betrieben wird, 600 Meter von der Ortsgrenze entfernt, und dessen Zugang mit Sperrschranke und Verbotsschild gegen Betriebsfremde abgeschirmt ist – ein juristisches und politisches Kuriosum ohne Beispiel.

In 250 Meter Tiefe wird bei Menzenschwand nach einem wertvollen Bodenschatz geschürft: Erz mit radioaktivem Uran, das im pfälzischen Ellweiler zu Kernbrennstoff für Atomreaktoren aufbereitet wird. Die Stollen der Sohlen in der Schwarzwald-Grube der „Gewerkschaft Brunhilde“, eines niedersächsischen Bergbauunternehmens, sind bereits 3,8 Kilometer lang.

In den nächsten Wochen hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) in Mannheim zu entscheiden, ob aus einem seit rund 25 Jahren geduldeten Provisorium ein dauerhaftes Abbau-Unternehmen werden darf – oder ob die Uranerzgrube geschlossen werden muß.

Im Jahre 1957 hatten zwei Geologie-Studenten das uranhaltige Gestein aufgespürt, im August 1961 begann die Suche. Mittlerweile sind im Krunkelbachtal mindestens tausend Tonnen Uranoxid nachgewiesen worden, fünftausend Tonnen werden vermutet – bei Menzenschwand liegt die größte Fundstätte Europas.

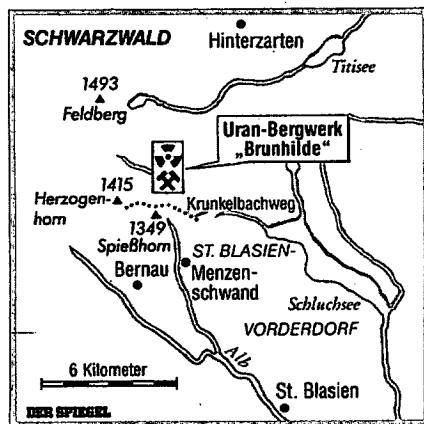
Als vor 26 Jahren das Land Baden-Württemberg die erste Schürfgenehmigung erteilte, herrschte beim Landes- und beim Bundeswirtschaftsministerium die Ansicht vor, auf das im Schwarzwald ruhende Uran könne nicht verzichtet werden. Mittlerweile gilt es angesichts eines Uran-Überangebots auf dem Weltmarkt als vernünftiger, die deutsche Reserve im Boden zu lassen.



Umstrittener Uran-Stollen*: „Die Wälder sterben im Eilzugtempo“

Davon freilich will die „Brunhilde“ nichts wissen, der im Dezember 1966 ein Bohrprogramm zur Erkundung des Gesteins genehmigt worden war. Immer wieder hatten Naturschützer und Anrainer-Gemeinden gegen den Plan protestiert, eine Genehmigung zum Abbau zu erteilen, weil die Grube im Naturschutzgebiet des Feldbergs liegt.

Die Schürfgenehmigung, die lediglich die Suche erlaubt, wurde bisher nicht in



eine Ausbeutungsgenehmigung umgewandelt. Gegen die Ablehnung ihres Antrags von 1983 klagte „Brunhilde“ vor dem Verwaltungsgericht Freiburg, wo sie unterlag: Naturschutzinteressen stünden dem Uranabbau entgegen. Das Unternehmen legte Berufung in Mannheim ein, dort ist das Verfahren seit 1985 anhängig.

Unwiderlegt führen Naturschützer, Waldbesitzer und Forstleute das immen-

* Lokaltermin des Verwaltungsgerichtshofs im Oktober 1985.

se Waldsterben rings um den Feldberg zum Teil auf Nebenwirkungen der Urangewinnung zurück. „Die Wälder sterben hier im Eilzugtempo“, klagt Kurt Hacken, Kreisvorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

So würden beim Erzabbau Tochterprodukte des ohnehin strahlenden Urans, beispielsweise Thorium und Radium, freigesetzt. Staub und Schadstoffe bildeten mit dem aus dem Bergwerk strömenden Radon, so Hacken, ein „aggressives Gemisch, das mit Regen und Nebel in die Täler gedrückt wird und eine verheerende Wirkung hat“.

Der Niederschlag gelangt nach Ansicht des BUND auch auf Viehweiden und belastet die Nahrungskette. An Beweisen fehlt es den Umweltschützern nicht: Der Boden in Bergwerksnähe ist stark übersäuert, und Tausende von Hektar Wald in der Gegend von Menzenschwand sind so geschädigt, daß „die Hänge um Spießhorn und Herzogenhorn in fünf bis zehn Jahren nackt sind“ (Hacken).

Die Manager des Abbau-Unternehmens geben eine erhöhte Strahlenbelastung zu, allerdings nur für die Verladestelle. Das Kernforschungszentrum Karlsruhe hingegen hat festgestellt, daß die radioaktive Belastung von Rückstandshalden und Grubengewässern bis zu hundertmal so groß ist wie die natürliche Strahlendosis von durchschnittlich hundert Millirem pro Jahr. Im Krunkelbachtal wurden schon Werte bis zu 10 700 Millirem gemessen.

Auch das baden-württembergische Landesbergamt, für die Genehmigungen zuständig, räumt eine höhere Strahlenbelastung infolge Uranabbaus ein. Regelmäßige Kontrollen hätten jedoch er-

geben, daß die Werte noch im Rahmen der Strahlenschutzverordnung blieben.

Nach der wasserrechtlichen Genehmigung des Landesbergamts dürfen pro Sekunde bis zu sechzig Liter radioaktiv verseuchtes Grubenwasser in den Krunkelbach geleitet werden. Inzwischen wandte sich der Rat der Gemeinde St. Blasien, zu der auch der Ortsteil Menzenschwand gehört, gegen die von der Bergbaufirma beantragte Verlängerung der wasserrechtlichen Genehmigung.

Nicht immer hat die Kommune so widerspenstig reagiert. Früher herrschte die Meinung vor, der Uranabbau werde wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand bringen; das Land steuerte fünfzehn Millionen Mark Zuschuß bei.

Im Jahr 1971 wurde sogar eine Kurbetriebs-GmbH gegründet, gefördert vor allem von dem Offenburger Illustrierten-Verleger Franz Burda. Denn das aus dem Uranerz freigesetzte Edelgas Radon sollte für Heilzwecke genutzt werden, schon währte sich St. Blasien als Konkurrenz zu Badgastein. In heute noch erhältlichen Schwarzwald-Wanderführern sind die unrealistischen Hoffnungen verewigt: „Eine in neuester Zeit erbohrte Uranquelle soll Menzenschwand auch zum Heilbad machen.“

Davon ist längst keine Rede mehr, die flotten Pläne scheiterten am Widerstand der Naturschützer. Gleichwohl findet (und fördert) die „Gewerkschaft Brunhilde“ bei ihrer sogenannten Suche jährlich bis zu hundert Tonnen Uranoxid – genau soviel, wie nach einem gewonnenen Prozeß regulär abgebaut werden soll.

Das Bergabbau-Unternehmen scheint am längeren Hebel zu sitzen: Bis zum Mannheimer VGH-Urteil darf weiter geschürft werden, weil das Land vor einer einstweiligen Stilllegung der Grube zurückschreckt.

„Immense Kosten“ entstünden nach Befürchtung des Wirtschaftsministeriums, wenn die Grube später doch wieder geöffnet werden dürfte.

Falls die VGH-Richter gegen „Brunhilde“ entscheiden, wird das Unternehmen in Revision vor das Bundesverwaltungsgericht in Berlin gehen – ein Ende des Streits ist nicht abzusehen.

Der Ausgang des Verfahrens in Mannheim hängt von Gutachten ab, die der VGH beim Bundesgesundheitsamt in Berlin angefordert hat. Dessen Institut für Boden-, Wasser- und Lufthygiene soll die möglichen Auswirkungen der Radioaktivität, unter Berücksichtigung neuerer, nach Tschernobyl gewonnener Erkenntnisse, untersuchen, ebenso die Risiken beim Transport des Uranerzes.

Die „Brunhilde“ scheint die Gefahren nicht allzu hoch einzuschätzen. Ein großes Warnschild mit der Aufschrift „Radioaktiv“ an der Sperrschranke im Krunkelbachtal jedenfalls wurde nach Angaben der Geschäftsführung vor einiger Zeit gestohlen, und ein neues ist seither nicht angebracht worden.

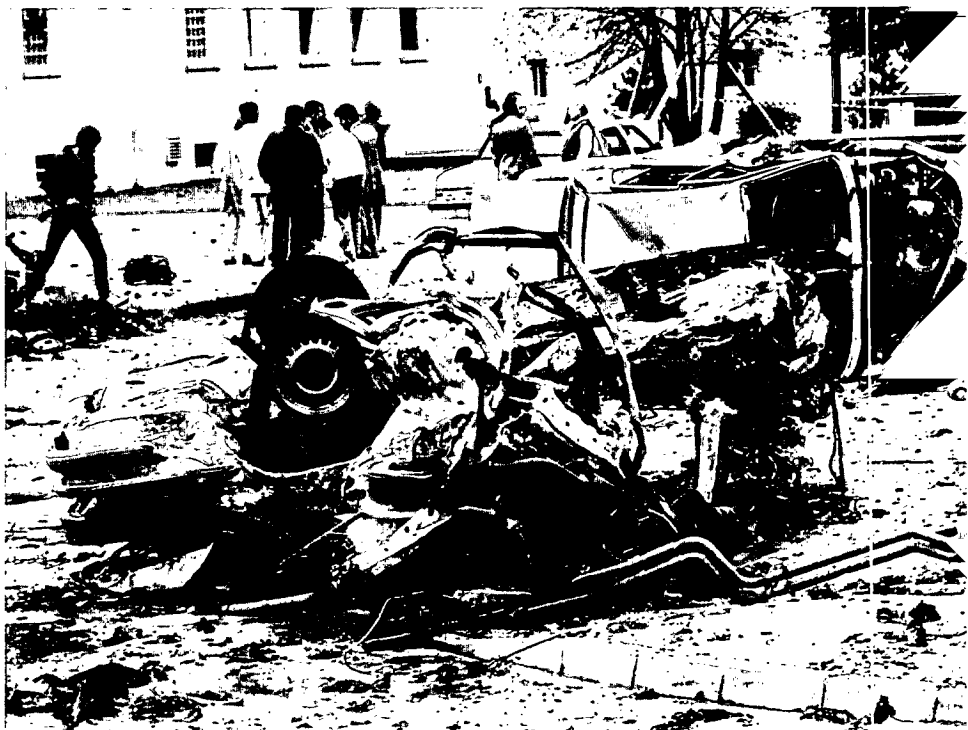
GEHEIMDIENSTE

Schnapp und greif

Mit Zeitungsinserten fahndet ein mysteriöses „internationales Konsortium“ nach Terroristen. Wer steckt dahinter?

Die Belohnung, die in großformatigen Zeitungsanzeigen ausgelobt wird, ist verlockend. Versprochen werden „bis zu 1 Million Schweizer Franken“, rund 1,22 Millionen Mark.

Das Geld ist nicht leicht zu verdienen. Gezahlt wird laut Annoncentext nur für Informationen, „die zur Ergreifung von Terroristen führen“ – bei Wahrung „absoluter Anonymität“.



Anschlag auf US-Stützpunkt: Washington bot Ermittlungshilfe an

Im Format 14 mal 16 Zentimeter werden Terroranschläge aus aller Welt aufgelistet: der blutige Überfall auf die türkische Botschaft in Lissabon vom Juli 1983, bei dem sieben Menschen starben; die Ermordung des US-Diplomaten Leamon Hunt, Direktor der Sinai-Friedenstruppe, in Rom im Februar 1984; die Erschießung des konservativen griechischen Zeitungsverlegers Nikos Momferatos im Februar 1985 in Athen.

Die Anzeigenkampagne, gestartet im Zürcher „Tages-Anzeiger“, der Bonner „Welt“ und dem „Hamburger Abendblatt“, ist der neueste Versuch, mit einem alten Rezept Erfolge bei der Terrorfahndung zu erzielen: Auslobung von Millionenbeträgen, um politische Gewalttäter oder deren Helfer zu Ausstieg und Verrat zu bewegen.

Verantwortlich für die Inserate zeichnet ein „internationales Konsortium von

Privatunternehmen und Stiftungen gegen weltweiten Terror“. Internationalität signalisieren auch die im Anzeigentext aufgeführten Telephonnnummern, die in Luxemburg, Frankreich, den Niederlanden, der Türkei und in den USA bei Bedarf von Informanten ausgewählt werden sollen.

Bei Anwahl des Anschlusses in Frankreich (Paris) geraten Anrufer mal in eine tote Leitung, mal quäkt eine Stimme vom Band: „Diese Nummer ist nicht mehr besetzt.“ Dann wieder ertönen geheimnisvolle Geräusche. Nach einem merkwürdigen Knacken meldet sich eine Frauenstimme, die auf Französisch mit amerikanischem Akzent versichert, daß eine „private Organisation privater Bürger“ initiativ geworden sei, „lauter Geschäftsleute“.

In den USA (Atlanta) schaltet sich nach 60 Sekunden Knacken und Schweigen meist ein telephonischer Anrufbeantworter ein („You have reached the International Anti-Terrorist Consortium. The office is closed now“). Zu den Bürozeiten (montags bis freitags von 7 bis 13 Uhr) forscht ein energisch klingender Mann in barschem Tonfall nach Informationen. Die würden zwei Tage lang überprüft, dann werde man weitersehen.

Westdeutsche Anlaufstelle ist Bonn. Anrufer der im Anzeigentext aufgeführten Nummer (0228) 485221 erwartet zunächst eine ungewöhnliche Prozedur: Sie werden automatisch zu einer Geheimnummer weiterverbunden: „Hier Anrufweitschalter, ihr Anruf wird weitergeschaltet.“ Dann meldet sich eine männliche Stimme mit „Hallo“.